

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Bezugspreis mit den Beilagen: „Mitter der Woche“, „Gausfreund“, „Humor-Gep“, „Landmanns Monatsblatt“ und „Heimatblätter“ durch die Post Nr. 240 eine Vierteljahrs durch Post Nr. 2 — frei ganz monatlich. — Einjährig vierteljährlich nachmittags. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 20 Pf. — Ausgabestellen: Halle, 4 (Hauptstelle) und GutsMuths, 28. — Im Falle höherer Gewalt (Streik usw.) besteht kein Anspruch auf Erfüllung oder Rückvergütung.

Anzeigenpreis für den 8spaltigen Mittelraum 10 Pf. im Reklametext (3spaltig) 40 Pf. — Für Briefe und Nachrechnungen 30 Pf. — Familienanzeigen ermäßigt; Inhalt nach Tarif. — Anzeigenannahme: Halle, 4 (Hauptstelle) und GutsMuths, 28; Sonntags 10 Uhr vormittags. — Erklärungsart: Merseburg. — Für unentgeltliche Zustellungen wird keine Gebühr gefordert. — Postfachkonto Nr. 16 654. — Preis pro Jahr 100 und 101.

Unparteiische Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Nr. 206

Freitag, den 3. September 1926

166. Jahrgang

Deutschlands Wunschzettel in Genf.

Aber erst nach dem Völkerbundeintritt . . .

London, 3. Sept. Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph beschränkt sich heute in längeren Ausführungen mit der Frage der sog. „Wünschlängen“ von Genf, die — wie er schreibt — nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wieder stark in den Vordergrund treten würden. Man nehme an, so führt der Mitarbeiter aus, daß die deutsche Regierung keine Zeit verlieren werde, die Frage der Wunschlängen, die nur die logische und unvermeidliche Folge der Wiederherstellung der Gleichberechtigung Deutschlands gegenüber den alliierten Mächten sein würde, anzuführen. Es handle sich im wesentlichen um folgende Wunschlängen:

Ableitungsregeln: Berlin werde auf einer sofortigen Beratung der alliierten Streitkräfte bestehen, um die Befehle auszuführen zu machen.
Saargebiet: Deutschland, von dem landwirtsch. Fortschritten der Saarregierung unterstützt, werde die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet verlangen. Es werde ferner um die Abhaltung einer Volksabstimmung vor Ablauf der im Versailles Vertrag vorgesehenen 15-jährigen Frist bitten.

Alliierte Militärkontrolle in Deutschland: Die deutsche Regierung werde die sofortige Zurückziehung der Kontrollkommission sowie die Übertragung der Funktionen dieser Kommission auf den Völkerbund verlangen. Berlin werde sich ferner der beschleunigten Zusammenberufung der Völkerbunds-Inspektionskommission widersetzen, die einen französischen General als Vorsitzenden erhalten und fast nur aus Vertretern der Staaten bestehen soll, die mit Deutschland gemeinsame Grenzen haben, so daß eine förmliche alliierte Mehrheit vorhanden wäre.

Entmilitarisierte Rheinlandzone: Deutschland werde darauf hinwirken, daß die Einsetzung einer ständigen Kontrollstelle im Rheinland gegen die Bestimmungen des Versailles Vertrags vertrieben würde.

Kolonialmandate: Die deutsche Regierung werde im Falle einer Neuverteilung der Kolonialmandate über im Falle der Schaffung neuer Mandate die Zuteilung von Kolonialgebieten verlangen.

Der Artikel schließt mit der Bemerkung, daß zweifellos große Anstrengungen unternommen würden, um eine Beschränkung der „Wunschlängen“ unter Punkt 3 und 4 bis zur Debatte der Völkerbundsversammlung zu verhindern oder sie erst auf dem üblichen diplomatischen Verhandlungswege reif zu machen.

Komplikationen in der Studienkommission.

Genf, 2. September. Die Studienkommission behandelte in ihrer heutigen abschließenden Sitzung das Projekt der Erweiterung des Rates. Die Sitzung, in der dem Bericht die letzte Redaktion gegeben werden sollte, dauerte von sechs bis acht Uhr abends.

Es gelang nicht, eine Einigung herbeizuführen. Dadurch verlor die Sitzung ihren ursprünglich formellen Charakter einer letzten Sitzung und bekam einen hochpolitischen Anstrich. Ueberraschend wurde von englischer Seite der Versuch eines letzten Druckes auf die spanische Regierung unternommen, und zwar dadurch, daß ein Passus aufgenommen werden sollte, der besagt, daß die Studienkommission alle nur denkbaren Versuche gemacht hätte, den spanischen Wünschen entgegenzukommen, doch leider ohne Erfolg. Sie könne die Ansprüche Spaniens auf einen ständigen Sitz im Augenblick nicht anerkennen.

Die Sitzung, die einen recht dramatischen Verlauf nahm, wurde um sechs Uhr abends von Bundesrat Motta eröffnet. Nach einer längeren gemeinsamen Aussprache wurde die Sitzung für öffentlich erklärt. Sämtliche Delegierte, ausgenommen der Brasilianer, waren vertreten. Auch der spanische Gesandte Balacios hatte sich eingefunden. Bundesrat Motta verlas den sechs Seiten umfassenden Bericht der Studienkommission, den er als ein Werk bezeichnete, das geeignet sei, eine Lösung in der politischen Lage zu finden. Der Bericht bringt eine Zusammenfassung der in vier Paragraphen niedergelegten Bestimmungen für die Zusammenfassung des Rates, geht auf die Stellungnahme der einzelnen Kommissionsmitglieder ein und erwähnt u. a., der deutsche Vertreter hätte seine Anschauungen über die Frage der Vernehmung der spanischen Wünsche geäußert, sich jedoch an der allgemeinen Sympathieumgebung für Spanien beteiligt.

In ihrem sechsten Bedauern und trotz ihres lebhaften Wunsches, den Interessen Spaniens in wohlwollender Weise entgegenzukommen, sei die Kommission nicht in der Lage gewesen, sich für eine Vernehmung der spanischen Wünsche über die Zahl fünf hinaus auszusprechen.

Das Projekt, das schon von den Mitgliedern angenommen worden ist, entzifferte darauf eine neuerliche sechste Debatte, die sich über eine Stunde hinaus und schließlich zur

Vertagung der Kommission auf Freitagvormittag zehn Uhr führt.

Der Grund ist, daß Lord Cecil einen Passus eingefügt wissen will, der darauf hinweist, daß die Kommission alle nur denkbare Mühe habe werten lassen, um den Wünschen Spaniens entgegenzukommen. Dies soll der letzte Versuch sein, auf die spanische Regierung einzuwirken, die wohl zur gleichen Stunde in Madrid ihre Wünsche äußert. Der spanische Vorkämpfer Palacios ist gegen eine derartige Einfügung in den Text des Berichts, da man es nicht mit Gefühlen, sondern mit realen Tatsachen zu tun habe und die Tatsache bestehen bleibe, daß die spanische Forderung auf einen ständigen Ratssitz nicht erfüllt sei. Um acht Uhr abends verlangte der Vorsitzende Motta die Möglichkeit zu geben, die einzelnen Vorschläge noch einmal zu revidieren. Der Redaktionsausfluß bezieht sich auf dem Vorsitzenden Motta, Lord Cecil und dem Generalsekretär des Völkerbunds.

Doch noch geschafft!

Annahme des Berichts der Studienkommission.
Genf, 3. Sept. Die zweite Tagung der Studienkommission hat heute endgültig ihren Abschluß gefunden. Die Kommission hat in ihrer heutigen Vormittagsitzung ohne weitere Diskussion das Resultat der mit der endgültigen Redaktion des Berichts an den Rat beauftragten Mitglieder einstimmig angenommen.

In der heutigen Sitzung der Studienkommission des Völkerbunds teilte Präsident Motta zu Beginn mit, daß in der Beratung des gestrigen Abends Lord Robert Cecil beschlossen habe, seinen in der gestrigen Sitzung gehaltenen Antrag zurückzuziehen, jedoch unter dem Vorbehalt, ihm eine andere Form zu geben. Daraufhin gab Motta bekannt, welche Änderungen in dem Bericht eingefügt worden seien. Die Änderungen sind im allgemeinen außerordentlich geringfügig. Der Bericht wurde noch ein Satz hinzugefügt, in dem die Kommission ihrem tiefen Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß sie dem Völkerbundsrat die Annahme der spanischen Wünsche nicht empfehlen könne. Ferner fand dem Bericht eine Erklärung des Vertreters Spaniens das er den Wunsch seiner Regierung auf einen ständigen Sitz betont und die Worte hinzugefügt, España se ha comprometido a cumplir. — Der Vertreter Spaniens enthielt sich heute jeder Stellungnahme.

Vor dem Austritt Spaniens.

Genf, 2. Sept. Der Generalsekretär erklärte, er sei in der Lage, mitzuteilen, daß die Madrider Regierung, ohne den Wunsch des Völkerbundsrates über die vom Rat auszusprechen ausgearbeiteten Vorschläge, betreffend die Ehe abzumachen, beschließen habe, bereits jetzt bekannt zu geben, daß sie sich an den Arbeiter des Völkerbunds des in der effizienten. Binnen 24 Stunden werde der Generalsekretär des Völkerbunds eine amtliche Note der Madrider Regierung erhalten, die diesen Wunsch bekanntgibt.

Mißstimmung in Paris.

Paris, 3. Sept. In der Stellungnahme der französischen Presse zu dem Fortgang der Verhandlungen in Genf herrscht das stärkste Bedauern vor, die Schwierigkeiten, die sich in Genf ergeben, noch nach Möglichkeit zu vermindern. Bertin, der in Genf weilte, schreibt im „Echo de Paris“, nach dem Abschluß der gestrigen Verhandlungen brenne der Kampf unerbittlich weiter. Zwischen Lord Robert Cecil und dem spanischen Vertreter habe sich eine heftige Diskussion entpinnen. Der spanische und polnische Vertreter hätten in die Debatte eingeschritten. Die Anwesenden hätten noch einmal die Gelegenheit benutzt, für China einen ständigen Ratssitz zu verlangen. Der polnische Vertreter habe durch den französischen Juristen Fromagot einen neuen Antrag stellen lassen.

Der „Gaulois“ regt sich über die Ruhe auf, mit der man in Genf dem Rückzug Spaniens entgegen sehe. Was werde geschehen, wenn Deutschland in Genf gegen einen freientlich aufträte, das nur schwach von seinen ehemaligen Alliierten unterstützt würde und für China einen ständigen Ratssitz aussetzen ließe? Das spanische Direktorium habe dem Völkerbund den empfindlichsten Schlag seit seiner Gründung beibringt.

Mello Franco verläßt Genf.

Genf, 2. Sept. Der Vertreter Brasiliens beim Völkerbund, Mello Franco, hat nunmehr endgültig Genf verlassen und sich nach Paris begeben. Er wird sich am 5. Oktober mit dem Bevollmächtigten der Bundesstadt von Pernambuco nach Rio de Janeiro einschiffen. Der Bevollmächtigter Montevideos bleibt als Beobachter der brasilianischen Regierung gegenwärtig noch in Genf.

Die kleine Mitte.

Die Aktion Dr. Witts zur Sammlung aller getrennten Republikaner ist — mit oder gegen den Willen ihres Ueberhebers — zum Bräutigam geworden, an dem sich die Geister scheiden. Sie wird es umso mehr, als auf der anderen Seite die Parole der Arbeitsgemeinschaft zur Sammlung unter den staatszerfallenen Parteien aufrief und als die allgemein-politische Situation eine Klärung in der immer unklarer werdenden Lage der Ministerregierung erfordert.

Vom Zentrum, also von keiner eigenen Partei, ist Herr Dr. Witts mit warmherzigen Worten das Wohlwollen gegenüber allen Verbänden auf Festigung des republikanischen Empfindens im deutschen Volke verkiest worden. Daselbst tun die Demokraten. Mehr aber tun beide nicht! Es liegt eindeutig in den Absichten und Plänen Dr. Witts, es nicht bei der idealen Sammlung bewenden zu lassen, sondern ein neues Kräftezentrum zu schaffen, von dem republikanische Gewalt im Staate ausstrahlen soll. Dies scheint uns sogar das eigentlich Wesentliche von Witts Aktion zu sein, läßt doch darauf auch die frühere Politik des ehemaligen Reichsanwalters in seiner eigenen Partei schließen. Zentrum und Demokratie wachen aber offenbar eifrigst darüber, daß keine Teilung der Gewalten erfolgt, und daß Parteien und Parlament die allein ausschlaggebenden Instanzen auch der politischen Initiative bleiben. Wir werden also wohl eine neue Zeitschrift, vielleicht sogar einen republikanischen Reichskalender erleben, aber wir werden keine irgendwie geartete neue Arbeitsgemeinschaft und innere Bindung der republikanischen Parteien zu sehen bekommen, wie sie Dr. Witts hoch beabsichtigt.

Witts Aktion ist also als gescheitert zu betrachten — selbst wenn, wie zu erwarten ist, in Kürze einige diesbezügliche Dements des Zentrums und der Demokratie erfolgen.

Nun ist aber bei dieser recht offenkundigen Diskonformität heraufgekommen, was uns süßlich macht. Auch, der Führer der Demokraten, spricht z. B. von den Schwierigkeiten, die eine neue Koalition mit der alzu mächtig gewordenen Sozialdemokratie für alle midergroßen Parteien mit sich bringen würde, also für Zentrum und Demokraten.

Diese Melodie haben wir noch nie gehört! Sie wird nicht leichter dadurch, daß doch auf der anderen Seite verkiest, in einer Koalition mit den Deutschnationalen wären die Demokraten nur eine verlässliche Aulisse. Denn darüber besteht schon seit langem kein Zweifel mehr: die kleine Mitte fällt sich sehr wohl unter sich und will keine der stets gefährlichen großen Parteien in ihrem Stand aufnehmen. Dieser Wunsch ist gerade bei der Diskussion um Witts Vorschlag immer wieder zu hören gewesen. Die so klein gewordenen große Mitte in Deutschland fällt sich als Angelpunkt der gesamten Entwicklung und stellt an die großen Parteien die Forderung, erst ein politisches Examen zu machen, bevor sie irgendwelche Ansprüche auf Macht erheben. Wie sehr diese Politik der Ministerregierung dem demokratisch-republikanischen Prinzip widerspricht, fühlen die Herren garnicht, deren vielgepriesene Demokratie sich in dem Negebengel des gefundenen Mittelwegs erschöpft. Wir geben gern zu, daß die Regierung der Mitte innerlich und außerpolitisch mitunter Nüchternheit geübt hat, aber auf die Dauer ist das labile Gleichgewicht nicht zu halten. Man soll sich das rechtzeitig überlegen, weil sich selbsttätig die Labilität der Dinge nur mit Erschütterungen in eine Stabilität verandelt.

Die deutsche Delegation für Genf.

Das Reichsministerium hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage der deutschen Vertretung auf der Völkerbundtagung in Genf befaßt. Der deutschen Vertretung werden hierauf als Delegierte angehören: Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, Staatssekretär Dr. v. Sauerbrey und Ministerdirektor Dr. Hans. Die Delegation wird ferner die Reichstagsabgeordneten Graf Herrmann v. Helldorf, Dr. Weisskopf, Dr. Haas und Reichherr v. Heinebaben, die Staatssekretäre Dr. Bänder und Weismann, die Ministeradvisatoren Dr. Kiep und Dr. Schäffer sowie Sachverständige aus verschiedenen Ministerien umfassen.

Vorkämpfer von Hoeh hat gestern nachmittag eine längere Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand, in deren Verlauf u. a. die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund und das Rheinlandproblem sowie eine Reihe anderer Fragen berührt wurden, die durch den bevorstehenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aktuell geworden sind.

Schwedische Note über Tanger.

Stockholm, 3. Sept. In Beantwortung des spanischen Vorschlages über die Behandlung der Tangerfrage lehnt die schwedische Regierung in einer heute veröffentlichten Note jede Berücksichtigung der Tangerfrage mit dem Problem der Katalie ab.

